



Paris setzt auf die Zivilgesellschaft, um die Zwei-Staaten-Lösung in Nahost am Leben zu halten

Paris versucht an diesem Freitag, einer Idee neues politisches Gewicht zu verleihen, die viele Beobachter bereits für nahezu gescheitert halten: der Zwei-Staaten-Lösung im israelisch-palästinensischen Konflikt. Dabei setzt die französische Diplomatie nicht allein auf Regierungen und internationale Organisationen, sondern bewusst auf Vertreter der israelischen und palästinensischen Zivilgesellschaft. Die Zusammenkunft soll in einen neuen „Pariser Appell“ münden und an eine ähnliche Initiative des Paris Peace Forum aus dem Vorjahr anknüpfen.

Die Bedeutung des Treffens ist vor allem politischer Natur. Nach Monaten anhaltender Gewalt im Gazastreifen, zunehmender Spannungen im Westjordanland und einer immer stärkeren Polarisierung auf beiden Seiten erscheint die Perspektive einer verhandelten Friedenslösung weiter entfernt denn je. Frankreich möchte dennoch ein Signal senden: Es gibt weiterhin Menschen und Organisationen, die an Dialog, gegenseitige Anerkennung und ein friedliches Zusammenleben glauben.

Die französische Regierung betont dabei die zentrale Rolle gesellschaftlicher Akteure. Friedensinitiativen, Menschenrechtsorganisationen, kommunale Vertreter, Wissenschaftler und Bürgerbewegungen sollen sichtbar machen, dass die Debatte über die Zukunft der Region nicht ausschließlich von militärischen und politischen Entscheidungen bestimmt wird. Die Botschaft richtet sich auch an die Staats- und Regierungschefs der führenden Industrienationen, die in den kommenden Tagen über die Lage im Nahen Osten beraten.

Der Zeitpunkt der Initiative ist bewusst gewählt. Frankreich hat gemeinsam mit mehreren westlichen Partnern zuletzt Sanktionen gegen Personen und Netzwerke verhängt, die mit Gewaltakten israelischer Siedler und dem Ausbau von Siedlungen im Westjordanland in Verbindung gebracht werden. Paris verfolgt damit einen doppelten Ansatz: politischen Druck dort auszuüben, wo internationales Recht verletzt wird, und zugleich diplomatische Perspektiven für eine spätere Konfliktlösung offenzuhalten.

Die Hindernisse bleiben allerdings gewaltig. Die territoriale Zersplitterung der palästinensischen Gebiete, die tiefe gegenseitige Feindseligkeit, die Schwäche der palästinensischen Institutionen sowie die zunehmende Radikalisierung politischer Kräfte in Israel erschweren jede Rückkehr zu ernsthaften Friedensverhandlungen. Viele Experten bezweifeln inzwischen, dass die Voraussetzungen für die Schaffung eines lebensfähigen palästinensischen Staates noch gegeben sind.

Gerade deshalb gewinnt die Pariser Initiative an Bedeutung. Sie wird den Konflikt nicht lösen und keine unmittelbaren politischen Durchbrüche erzielen. Doch sie erinnert daran, dass dauerhafter Frieden nicht allein durch diplomatische Abkommen entsteht. Politische



Paris setzt auf die Zivilgesellschaft, um die Zwei-Staaten-Lösung in Nahost am Leben zu halten

Vereinbarungen können nur Bestand haben, wenn sie von den Gesellschaften getragen werden. Ohne lokale Akteure, die den Dialog aufrechterhalten, bleiben selbst die ambitioniertesten Friedenspläne wirkungslos.

Ob der neue „Pariser Appell“ über seine symbolische Wirkung hinausreichen wird, bleibt offen. Entscheidend wird sein, ob aus den Erklärungen konkrete Maßnahmen folgen: besserer Schutz der Zivilbevölkerung, glaubwürdige politische Perspektiven für die Palästinenser, Sicherheitsgarantien für Israel und eine konsequente Bekämpfung extremistischer Gewalt. Paris versucht, eine fast aufgegebene Idee wieder in die internationale Debatte einzubringen. Ob daraus mehr entsteht als ein diplomatisches Signal, wird sich erst in den kommenden Monaten zeigen.

Christine Macha